

Vision Politik: Dorothea Loosli Amstutz

Sie wissen es: In der Politik haben Themen immer Wellenbewegungen. Wenn die Wellen eines Themas hoch gehen, dann werden alle polemischen Hilfsmittel benutzt, um die Interessen der eigenen Klientel zu befriedigen. Wenn die Wellen, die ein Thema schlägt, tief sind, dann wird besagtes Thema in der Öffentlichkeit nicht so wahrgenommen. Dann können Menschen, die wirklich Interesse am Thema haben, und entsprechende Fachleute zielstrebig zusammen arbeiten, ganz im Sinn dessen, was die Schweiz gemeinsam in der Präambel der Bundesverfassung beschlossen hat, nämlich „den Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben.“ Um dahin zu gelangen, habe ich - in die Zukunft blickend – folgende drei visionäre Anregungen ausgemacht, die für mich politisch grundlegend sind:

1. Von der Interessen- zur Menschenrechtspolitik

Es lässt sich nicht leugnen: Politik kann eigentlich nur auf Interessen beruhen. Gerade auch vor dem Hintergrund unserer Demokratie, in der wir alle die Möglichkeit haben mitzubestimmen, ist dies ganz deutlich. In seinem jüngsten Buch hat der Philosoph Höffe „Eigeninteresse“ als „Interessenwahrung für das Eigene“ beschrieben.

Für mich gibt es diesbezüglich klare Grenzen: Ganz Vieles von dem, was wir jetzt als sogenannt Eigenes betrachten, ist bei genauem Hinschauen Eigenes auf Kosten Anderer. Hier sind übergeordnete Maximen unerlässlich. Als solche Richtlinien für alles andere in der Politik gelten daher die Maximen Gerechtigkeit, Solidarität und Wohltätigkeit.

2. Von der ideologischen Ausländerdebatte zum bedürfnisgerechten Handeln vor Ort

Es gibt einen offensichtlichen Widerspruch zwischen der migrationspolitischen Diskussion und dem lokalen Integrationsgeschehen. Integration wird zum bestimmenden Ausdruck und Massstab. Eine Vermischung von Integration und Zulassung findet statt.

Integration ist jedoch kein messbarer statischer Wert, sondern ein Prozess, in dem auch wir uns immer wieder irgendwo befinden, auch ich als Neuzuzügerin in Bern. Dabei geht es darum, dass alle immer wieder mit gleichen Chancen an der Gesellschaft – im Grossen aber eben auch im Kleinen – teilhaben können.

Ein Integrationsgesetz auf Bundesebene lehne ich schlichtweg ab. Integration geschieht eher auf lokaler Ebene, das Beispiel der Kirchgemeinden wurde bereits oft angesprochen. Vorstellen könnte ich mir in diesem Bereich eventuell ein Rahmengesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dieses würde alle etwas angehen und uns alle in die Pflicht nehmen.

3. Vom Angst machenden Unwissen zum gegenseitigen Verständnis

Schon Wilhelm Busch hat gesagt: „In Ängsten findet Manches statt, was sonst nicht stattgefunden hat.“ Wenn wir gegenseitig voneinander um unsere Gepflogenheiten, Sitten und Bräuche wissen, kommen diffuse Ängste und Vorstellungen erst gar nicht auf. In diesem Bereich des Brückenbauens gibt es viel zu tun - auch für die Fachstelle Migration.

Gefördert werden muss so die gesunde Toleranz und die prinzipielle Anerkennung des Rechts auf freie Entfaltung, das uns allen gleich zusteht. Der jeweils Andere hat genau das gleiche Recht wie ich - aber ich auch. Probleme müssen vor Ort diskutiert und gemeinsam gelöst werden, aufeinander zugehen ist wichtig.

Gerne rühmen wir die Vielfalt als Markenzeichen unserer Nation. Auf diese Vielfalt sind wir doch eigentlich sonst so stolz...